

# BEERLIN GANZ NAH

**CDU**

Ausgabe 12/2017

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten Maik Beermann

## Berlin

- 2 Frohe Weihnachten
- 3 Sondierung mit der SPD
- 3 Opferschutz verbessern
- 4 Straftäter und Gefährder abschieben
- 4 Arbeit auf Rekordniveau
- 5 SuedLink: Vorschlag ist schlechter
- 6 Gesamtstrategie für MINT-Bildung
- 6 Höhere Spendenbereitschaft
- 7 Besuchergruppen

## Wahlkreis

- Diskussion mit Schülern 8
- Rodenberg hat gewählt 8
- Anleuchten in Bad Nenndorf 9
- Spende für die Tafeln 9
- Austausch mit Landwirten 9
- Neue SU Vorsitzende in Bückeberg 10
- Therapietauchen in Soltau 10



## Frohe Weihnachten

Liebe Leserinnen und Leser,

oft heißt es im Leben "Gut Ding will Weile haben" und so verhält es sich vielleicht auch mit der derzeitigen Regierungsbildung. Die Wählerinnen und Wähler haben den Regierungsauftrag, wie anhand der erreichten Prozentpunkte bei der Wahl zu sehen ist, klar verteilt, doch so mancher in der Politik findet die Idee, dass man sich zur Wahl stellt um zu regieren plötzlich für nicht mehr erstrebenswert. Wer, wenn nicht die stärksten Parteien, haben grundsätzlich den Regierungsauftrag? Man zielt sich und wie bei einer winterlichen Schneeballschlacht wird nun öffentlich mit Maximalforderngen um sich geworfen in der Hoffnung jemanden kalt zu erwischen.



Aber ich bin mir sicher: Deutschland ist ein stabiles Land und wird auch diese unerwartete Irrphase unbeschadet überstehen, denn vor uns liegt Weihnachten und der Jahreswechsel. Das Weihnachtsfest lässt uns Zeit zum Innehalten und zur Besinnung. Neujahr lässt uns das vergangene Jahr oftmals mit etwas Wehmut betrachten und die guten Vorsätze fürs neue Jahr fassen. Wir machen uns also Gedanken über das was war und über das was kommt.

Ich persönlich empfinde bei der Rückschau Dankbarkeit. Zum einen, weil Sie mir in diesem Jahr bei der Wahl erneut ihr Vertrauen für diese wichtige Aufgabe geschenkt haben und zum anderen, weil mir und meiner Frau zwei weitere Töchter geschenkt wurden. Für das kommende Jahr ist mir deshalb wichtig, dass wir im Frühjahr die Spielchen beenden und zu einer stabilen Regierung zusammenfinden können, damit unser Land gut für Zukunft aufgestellt werden kann.

In diesem Sinne wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein vor allem friedvolles und gesundes neues Jahr.

Ihr/Euer  
Maik Beermann



## Sondierung mit der SPD

Das erste Gespräch zwischen den Spitzen von Union und SPD stand in dieser Woche an. Wir als Union sind zur Bildung einer stabilen Bundesregierung bereit. Dass die SPD ihre Position überdacht hat und nun Gespräche mit uns führen wird, ist ein wichtiger Schritt, damit wir endlich vorankommen. Klar ist: In einer Koalition kann man nicht alles umsetzen, was in einem Wahlprogramm steht. Es braucht Kompromissfähigkeit, es braucht Verantwortungsbewusstsein für unser Land. Klar ist aber auch, dass die Bürgerversicherung kein Problem löst und dass wir unser Regelwerk zur Migration umsetzen wollen.

Deutschland braucht eine stabile Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit, keine Experimente. Eine große Koalition kann die notwendige Modernisierung unseres Landes intensivieren und den Bürgern Sicherheit geben. Gleichzeitig darf sie keine Lähmung in wichtigen Fragen erzeugen. Für die Modernisierung ist zentral, dass öffentliche Investitionen in Straßen und Schienen schneller umgesetzt werden und wir bei der Digitalisierung den Turbo anwerfen. Die Situation an unseren Schulen müssen wir verbessern, den Ländern werden wir als Bund dabei helfen. Wir wollen die Sicherheit für unsere Bürger im umfassenden Sinne verbessern: vor allem die innere Sicherheit, aber auch die soziale. Wir werden darauf achten, dass unser Land nicht überfordert wird bei der Migration, deshalb ist die Umsetzung des Regelwerks zur Migration von CDU und CSU vom 8. Oktober 2017 so zentral.

Für diese Vorhaben brauchen wir einen leistungsfähigen Staat mit guter Verwaltung und guter Justiz, das ist eine große Aufgabe für Bund und Länder. Schließlich wollen wir Europa stärken und besser ins nächste Jahrzehnt führen.

## Opferschutz verbessern

Wir werden mit einem fraktionsübergreifenden Antrag aus der demokratischen Mitte heraus den Schutz von Opfern von Gewalttaten verbessern. Insbesondere liegt uns ein besseres Opferentschädigungsgesetz am Herzen. Opfer von Gewalttaten leiden oft lange physisch und psychisch unter den Folgen der Tat.

Wir beschränken uns bei unserer Initiative nicht auf die Opfer des Anschlags vom Breitscheidplatz, sondern beziehen bewusst auch Opfer von anderen Gewalttaten ein. Es gilt nun, eine Erhöhung und Ausweitung von Entschädigungen bei terroristischen Anschlägen und sonstigen Gewalttaten zu prüfen. Wir brauchen zentrale Anlaufstellen, die im Falle eines Anschlags schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen. Wir sichern schließlich den über 60 zum Teil schwer Verletzten und den Hinterbliebenen der zwölf

Getöteten vom Breitscheidplatz weiterhin unsere Solidarität und Unterstützung zu.

Zudem streben wir als Union einen Untersuchungsausschuss an, um das Attentat auf den Weihnachtsmarkt vor der Berliner Gedächtniskirche lückenlos aufzuklären. Die Verhandlungen mit den anderen Fraktionen über einen gemeinsamen Einsetzungsantrag sind noch nicht abgeschlossen, wir werden sie fortsetzen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir noch besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte. Wir werden alles daransetzen, die Umstände des Attentats weiter aufzuklären, um daraus weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Aufenthaltsrecht zu ziehen.

## Straftäter und Gefährder abschieben

Mit einem besonders emotionalen Thema habe ich mich in dieser Woche beschäftigt, denn ich sehe die pauschale Verlängerung des Abschiebestopps nach Syrien auf der Innenministerkonferenz vom vergangenen Freitag mehr als kritisch. Abschiebungen von terroristischen Gefährdern und gefährlichen Straftätern müssen aus meiner Sicht möglich gemacht werden.

Die Innenministerkonferenz hat auf Initiative der unionsgeführten Landesregierungen eine Aufhebung des Abschiebestopp, der seit 2012 gilt, debattiert und mehrheitlich vorerst vertagt. Das Auswärtige Amt wurde mit der Erstellung eines neuen Lageberichts beauftragt um das Ergebnis 2018 erneut zu bewerten. Es ging hierbei jedoch nicht um den grundsätzlichen Widerruf von Aufenthaltsrechten für Syrer, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind sondern um eine Gruppe von mehreren hundert syrischen Straftätern, die ein Verbrechen begangen haben und/oder terroristische Gefährder sind.

Wer als vermeintlich Schutzsuchender ein Verbrechen in Deutschland begeht, der hat aus meiner Sicht seine Schutzwürdigkeit verloren, da er selbst zur Gefahr geworden ist und die Menschenrechte anderer Personen bereits verletzt hat. Dasselbe gilt für terroristische Gefährder, denn das sind mitunter IS-Anhänger und damit Menschen, vor denen die Schutzsuchenden überhaupt erst geflohen sind.

Ich bin mir aber sicher, dass wir die Probleme nicht lösen, indem wir unsere Hand schützend auch vor diese Menschen stellen, denn wir haben die Pflicht die eigene Bevölkerung und die Asylsuchenden in Deutschland zu beschützen. Dies geht nicht, wenn wir die Fluchtgründe gleichwertig mit aufnehmen.

## Arbeit auf Rekordniveau

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stieg die Zahl der in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden im vergangenen Quartal auf den höchsten Stand seit 25 Jahren. Zwischen Juli und September lag diese bei rund 15,4 Mrd. Stunden und damit bei 1,3 Prozent mehr als noch im Vorjahreszeitraum.

Der Zuwachs an Arbeitsstunden sei den Arbeitsmarktforschern zufolge jedoch nicht darauf zurückzuführen, dass Beschäftigte durchschnittlich länger an Schreibtischen oder in Fertigungshallen gearbeitet hätten. Vielmehr stehe der Aufwärtstrend im Zusammenhang mit der stark gestiegenen Zahl der Beschäftigten. Dies sei ebenfalls der Grund für einen Anstieg der Gesamtzahl an bezahlten Überstunden im dritten Quartal um 4,9 Mio. auf 213,3 Mio.

## SuedLink: Vorschlag aus Thüringen ist schlechter

Kürzlich informierte ich über die Presse und meine Kanäle über den Vorschlag der Landesregierung Thüringens im Rahmen der Antragskonferenz die Gleichstromtrasse SuedLink- entgegen der Vorschläge von TenneT – wieder weiter Richtung Westen zu verlegen und damit erneut die Landkreise Nienburg und Schaumburg zu treffen. Dieser Vorschlag wurde nun gutachterlich geprüft und für schlechter geeignet befunden.

Nachdem der Vorschlag Thüringens auf dem Tisch lag, hat die Bundesnetzagentur dem Unternehmen TenneT den Auftrag gegeben, diesen Vorschlag mit den eigenen Vorschlägen zu vergleichen. Dieses Gutachten wurde am 6. Dezember fertiggestellt und der Bundesnetzagentur übergeben. Die Bundesnetzagentur hat nun festgestellt, dass das Gutachten den Anforderungen des Prüfauftrages entspreche und alle fachlichen Kriterien einhalte.

TenneT kommt in dem Gutachten zum Schluss, dass sich die entsprechenden Räume, die durch den Freistaat Thüringen vorgeschlagen wurden, als vergleichsweise nicht geeignet für eine Erdkabel-Verbindung herausgestellt haben. Die bisher von TenneT vorgeschlagenen Erdkabelkorridore weisen im Vergleich zur Alternative aus Thüringen eine bessere Eignung auf. Der Vorschlag Thüringens erreicht bei der Prüfung 70 Konfliktstellen, der bisherige Antrag von TenneT hingegen mit 41 Stellen wesentlich weniger. Drei der 70 Konfliktstellen gelten zudem als ‚rote Riegel‘, also besonders konfliktbehaftete Gebiete, die nicht einmal durch eine Erdverkabelung gelöst werden können. Der bisherige Antrag von TenneT hat keinen solchen Riegel.

Die Bundesnetzagentur wird die Ergebnisse des Gutachtens nun bewerten und entscheiden, ob das vom Freistaat Thüringen vorgeschlagene alternative Erdkabelkorridornetz für die anstehende Unterlagenerstellung nach § 8 NABEG (Netzausbaubeschleunigungsgesetz) berücksichtigt oder von der weiteren Betrachtung ausgeschlossen werden soll.

Eine gute Nachricht für Nienburg und das Schaumburger Land. Die Bemühungen aller Beteiligten vom Runden Tisch SuedLink und den zahlreichen Einsendungen und Stellungnahmen im ersten Abwägungsprozess wurden durch die Initiative aus Thüringen nicht untergraben und haben durch das Gutachten nochmal die Bestätigung ihrer sachlichen Korrektheit erfahren. Ich werde weiterhin am Thema dran bleiben und stehe im Kontakt mit TenneT, um die neuesten Entwicklungen zeitnah mitzunehmen und rechtzeitig zu informieren.

## Gesamtstrategie für MINT-Bildung

Deutschland ist ein Hochtechnologiestandort. Damit das so bleibt, braucht das Land hochqualifizierte Fachkräfte, insbesondere in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, kurz MINT.

Für jeden Einzelnen bildet MINT-Bildung die Grundlage, um technische Neuerungen nutzen und Entwicklungen verstehen zu können. Sowohl von Seiten der Politik als auch von Seiten der Wirtschaft ist schon viel geschehen, um den MINT-Bereich nach vorn zu bringen. So gibt es bereits eine große Zahl diverser MINT-Projekte in Deutschland. Über die Initiativen "MINT Zukunft schaffen", "Komm, mach MINT" und "tecnopedia" findet man etwa 15.000 Angebote. Derzeit fehlt aber noch eine Gesamtstrategie zur MINT-Bildung in Deutschland.

Die Unionsfraktion fordert Bund, Länder und die relevanten Akteure im MINT-Bereich dazu auf, im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit nach Wegen zu suchen, um die MINT-Bildung noch besser als bisher zu entwickeln. Das Interesse für die Fächer müsse bereits im Rahmen der frühkindlichen Bildung geweckt und dann weiter gefördert werden. Noch verlieren zu viele Heranwachsende ihr Interesse an MINT, zum Beispiel in der Pubertät, und entscheiden sich gegen eine Berufslaufbahn mit MINT, obwohl sie das Zeug dazu hätten. Das gelte besonders für Mädchen und junge Frauen. Dabei bieten MINT-Berufe hervorragende Perspektiven.

Bei der Zahl derer, die sich für ein Studium oder eine äquivalente Berufsausbildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik entscheiden, steht Deutschland vergleichsweise gut da. Während im OECD-Durchschnitt nur 26 Prozent diese Studiengänge wählen, sind es in Deutschland 40 Prozent der Studienanfänger. Problematisch ist allerdings, dass rund ein Drittel der Studienanfänger im MINT-Bereich ihr Studium später abbrechen. Nicht zuletzt dank des zwischen Bund und Ländern vereinbarten Qualitätspakts Lehre bieten Hochschulen in diesem Bereich inzwischen eine Reihe von Maßnahmen an, um die Zahl der Studienabbrecher zu senken. Dazu gehören etwa eine eignungsorientierte Studienberatung sowie Vorkurse zur Erreichung des erforderlichen Leistungsniveaus in Mathematik oder Mentoren-Programme. Entscheidend ist, dass sich jetzt alle, die zum Gelingen beitragen können, gemeinsam an einen Tisch setzen und eine Gesamtstrategie für MINT in Deutschland entwickeln.

## Höhere Spendenbereitschaft

Aus der „Bilanz des Helfens“-Studie im Auftrag des Deutschen Spendenrats e.V. geht hervor, dass die Deutschen von Januar bis September 2017 rund 3,1 Mrd. Euro spendeten. Das private Spendenaufkommen liege damit leicht über dem des Vorjahres. Im besagten Zeitraum spendeten etwa 17 Mio. Deutsche Geld an Kirchen oder gemeinnützige Organisationen, die durchschnittliche Spendenhöhe lag bei unverändert 32 Euro pro Spender. Vom

Spendenaufkommen der ersten neun Monate des Jahres profitierten insbesondere nicht-konfessionelle Träger. 47 Prozent aller Spenden flossen in Projekte im Inland. Während die Gelder für Flüchtlinge auf 285 Mio. Euro zurückgingen, nahm das Spendenvolumen insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe zu. Rund 69 Mio. Euro kamen der Not- bzw. Katastrophenhilfe zugute. Das Plus von 3,7 Prozent in diesem Bereich im Vergleich zu 2016 führt die Studie vor allem auf neue Spender zurück.

## Besuchergruppen

Gleich zwei Besuchergruppen haben mich in den vergangenen beiden Wochen vom EloKa Bataillon 912 aus Langendamm/Nienburg in Berlin besucht.

Spannende und aufregende Zeiten haben sich die Kameraden für Ihren Aufenthalt in Berlin ausgesucht und somit gab es eine Menge zu diskutieren.

Ich habe in dieser Runde aber auch nochmal meinen Respekt den Soldatinnen und Soldaten gegenüber ausgedrückt und mich dafür bedankt, dass sie bei den Auslandseinsätzen wichtige Mandate ausüben und auch zur Sicherheit Deutschlands beitragen.



## Diskussion mit Schülern

Spaß gemacht hat es mit den Schülerinnen und Schülern im Politik-Kurs des 11. Jahrganges auf dem Gymnasium Adolfinum in Bückeberg. Unser Thema war die „Repräsentation der Bürger durch Bundestagsabgeordnete“.



## Rodenberg hat gewählt

Herzlichen Glückwunsch dem neu gewählten Vorstand der CDU Rodenberg. Ich wünsche dem motiviertem Team um den neuen Vorsitzenden Ralf Schubart alles erdenklich Gute und stets ein glückliches Händchen bei allen Entscheidungen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit!



## Anleuchten Bad Nenndorf

Schön war es kürzlich beim Anleuchten in Bad Nenndorf. Feierlich wurde von Bürgermeisterin Marlies Matthias die Weihnachtsbeleuchtung angeknipst. Mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger waren dabei, die es sich danach in der Stadt haben gut gehen lassen.



## Spende an die Tafeln

Als Schirmherr des ICH E. V. Kinderhilfswerk habe ich mich sehr über die großzügige Spendenbereitschaft der WirtschaftsHaus Gruppe gefreut. Neben den 300 Christstollen die für die Nienburger Tafel gespendet wurden, brachte Vorstand Sandro Pawils auch noch eine Spende für 2.500€ mit. Frau Beate Kiehl hat sich sehr über diese besondere Unterstützung gefreut. Tue Gutes und rede darüber! In diesem Fall haben andere Gutes getan, aber darüber reden darf ich trotzdem.



## Austausch mit Landwirten

Interessant, aufschlussreich und schön war der Besuch auf dem Hof der Familie Rust in Anemolter mit einigen CDU Freunden aus Landesbergen. Interessant, wegen der technischen Ausstattung des Melkstandes und der Sensorik im Kuhstall. Aufschlussreich, weil mit „Kuh-Wellness“ die Kühe viel länger leistungsfähig sind, denn die älteste Kuh ist 16 Jahre alt und hat 14 Kälber zur Welt gebracht. Schön, weil wir dabei sein durften, als ein kleines Kuhkalb auf die Welt kam. Man hat gespürt, wie wichtig es Thorsten Rust ist, dass es seinen Tieren gut geht und das alles freiwillig mit dem Selbstverständnis für gesunde Tiere ohne starre Regelungen und Gesetze.



## Neue SU Vorsitzende in Bückeberg

Was für ein Aktivposten die Seniorenunion für Bückeberg und Umgebung ist wurde kürzlich einmal mehr bewiesen. 88 stimmberechtigte Mitglieder waren der Einladung zur Mitgliederversammlung gefolgt. Herzlichen Glückwunsch an Ruth Harmening, die mit 100% der Stimmen zur neuen Vorsitzenden gewählt wurde. 2009 wurde die Seniorenunion von Friedel Pörtner mit 13 Mitgliedern gegründet und heute hat sie 174. Ein Grund mehr Friedel Pörtner an diesem Tag zum Ehrenvorsitzenden zu wählen.



## Therapietauchen in Soltau

Als Schirmherr des Schaumburger ICH E. V. Kinderhilfswerk war ich gemeinsam mit dem Präsidenten des ICH, Herrn Dr. Dieter Kindermann im Heidekreis, bei der Lebenshilfe Soltau zu Besuch, um mich über ein besonderes Projekt zu informieren, dass das ICH, die Lebenshilfe Soltau und Heide Park Resort mit dem Senior Product Excellence Manager Stephen Nugnis umgesetzt haben.

"Aus einem Gedanken wurde Realität", beschrieb es Kindermann und so kann seit letztem Jahr im Schwimmbecken der Lebenshilfe, kranken Kindern mit Therapietauchen geholfen werden. Der Heidepark, der über den Mutterkonzern eine eigene Hilfsorganisation "Merlins Zauberstab" betreibt, um sich für bedürftige und kranke Kinder einzusetzen, finanzierte den Umbau. Ein wirklich tolles Projekt, welches das ICH hier auf die Beine gestellt hat.

